



## **Änderungsantrag**

der Fraktionen von CDU und FDP

### **Zivilcourage mit rechtsstaatlichen Mitteln zeigen**

Drucksache 17/ 1289(neu)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, wenn vor dem Hintergrund der geplanten rechtsextremen Kundgebungen am 26. März 2011 in Lübeck ein breites Bündnis aus allen gesellschaftlichen Schichten entsteht, das sich für ein klares Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands einsetzt, und das für die Freiheit und Toleranz des Grundgesetzes eintritt. Er geht dabei davon aus, dass die Teilnehmer jede Form von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung strikt ablehnen und die Rechtsordnung einhalten.

Der Landtag spricht dabei allen Polizeibeamten für ihre bisherige und zukünftige Arbeit seinen ausdrücklichen Dank aus, ebenso wie seinen Respekt und seine Anerkennung, wenn zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates die schwere Aufgabe übernommen werden muss, die Versammlungsfreiheit auch im Angesicht der Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu schützen.

Werner Kalinka  
und Fraktion

Jens-Uwe Dankert  
und Fraktion